

The logo of the Christian Democratic Union (CDU) in red, bold, sans-serif capital letters.

**Mönchengladbach  
Ratsfraktion**

Franz-Meyers-Haus  
Regentenstr. 11  
41061 Mönchengladbach  
Telefon: 02161-181177  
Telefax: 02161-207839  
eMail: [fraktion@cdu-mg.de](mailto:fraktion@cdu-mg.de)  
Internet: [www.cdu-mg.de](http://www.cdu-mg.de)

# **Stadt Mönchengladbach**

**- Haushaltsplan 2009 -**

**Stellungnahme der CDU-Fraktion**

im

**Rat der Stadt Mönchengladbach**

**17. Dezember 2009**

vorgelegt durch den

**Fraktionsvorsitzenden Rolf Besten**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

zum ersten Mal liegt uns ein Haushaltsplan der Stadt Mönchengladbach vor, der vollständig nach den Vorgaben des Neuen Kommunalen Finanzmanagements dargestellt ist. Wir alle haben uns in den vergangenen Wochen die simple Frage gestellt haben: „Was bringt uns das?“

Für die CDU-Fraktion kann ich festhalten: Wir alle tun uns noch schwer im Umgang mit diesem umfangreichen Zahlenwerk, das mit der bisherigen kameralistischen Darstellung nicht mehr vergleichbar ist.

Unschwer festzustellen ist allerdings, dass die Haushaltslage der Stadt Mönchengladbach grundsätzlich sehr schlecht ist und bleibt; niemand tritt an, diese Situation schön zu reden. Die CDU stellt sich dennoch der Verantwortung für diesen Haushalt, den sich jeder anders wünscht, der aber aufgrund der Rahmenbedingungen nicht besser aufzustellen ist.

Festzustellen ist auch, dass die schlechte, um nicht zu sagen dramatische Situation nahezu ausschließlich auf Faktoren zurückzuführen ist, auf die Politik vor Ort keinen Einfluss hat.

Die neue Systematik löst das grundsätzliche Problem in keiner Weise. Schon heute ist absehbar, dass bei unveränderten Rahmenbedingungen das ausgewiesene Eigenkapital Jahr für Jahr abschmilzt und nach dem heutigen Stand im Jahr 2020 aufgezehrt sein wird. Dann steht die Stadt Mönchengladbach vor der Überschuldung.

Wenn man so will, ist diese Erkenntnis ein Ergebnis der neuen Haushaltssystematik. Sie zeigt uns vor allem dadurch, dass erstmals Abschreibungen auf die städtischen Vermögenswerte dargestellt werden, klar den Verbrauch der Ressourcen auf. Weiterhin werden erstmals Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen dargestellt.

Bei der Analyse des Haushaltsplans möchte ich nur wenige Zahlen nennen, die zu einem originären Defizit – also einem Fehlbedarf im Haushaltsjahr 2009 – von 117 Millionen Euro führen:

Kosten der Unterkunft	83,6 Millionen Euro
Zinsen	42,6 Millionen Euro
Abschreibungen	42,5 Millionen Euro
Hilfen zur Erziehung	42,0 Millionen Euro
Ausgleich Ost	11,4 Millionen Euro
Rückstellungen für Pensionen/Beihilfen	11,0 Millionen Euro
	-----
	233,1 Millionen Euro

Sie sehen, wir haben im städtischen Haushalt ein Ausgaben-Problem. Ließe sich der Gesamtkostenblock um die Hälfte reduzieren, gäbe es das originäre Defizit nicht mehr. Leider sind uns dabei jedoch die Hände gebunden, denn der größte Teil der genannten Ausgaben ist von uns nicht zu beeinflussen.

Nach wir vor bürden Land und Bund der Stadt Lasten auf, die sie nicht mehr schultern kann; viele Maßnahmen sind für sich betrachtet gut und richtig, auch von der CDU politisch gewollt. Sie kosten allerdings Geld, das in der Kasse der Stadt nicht vorhanden ist. Als Beispiele will ich nur den gesetzlichen Anspruch auf einen Kindergartenplatz, demnächst auch für unter Dreijährige, oder die Ganztagsangebote der Schulen nennen. Die Liste ließe sich fortsetzen, doch es hilft nicht, nur zu klagen. Das Problem lässt sich nur lösen, wenn das Konnexitätsprinzip strikt eingehalten wird und der Satz „Wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch“ nicht nur ein locker dahergesagter Spruch ist, sondern ernst genommen wird.

Wie Bundes- und Landesebene mit den Kommunen umgehen, zeigt ein weiteres Beispiel besonders gut: Der Bund hat seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft für Hartz IV-Empfänger auf jetzt 25 Prozent abgesenkt – für Mönchengladbach eine Mehrbelastung von knapp 3 Millionen Euro für den Haushalt. Und es ist ja nicht die erste Absenkung. In der Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Haushalt 2008, die ich an dieser Stelle vor ziemlich genau acht Monaten vortrug, habe ich auf die erste Absenkung von 31,2 auf 28,6 Prozent hingewiesen, die uns auch schon mit mehr als 3 Millionen Euro zusätzlich belastet hat.

Die Kosten der Unterkunft belasten den städtischen Haushalt inzwischen mit deutlich mehr als 80 Millionen Euro. Vor dem Hintergrund stetig steigender Energiepreise muss allerdings die Frage erlaubt sein, warum an dieser Stelle nicht sehr viel konkreter versucht wird, Kosten zu sparen. Leistungsempfänger sollten in die Pflicht genommen werden, möglichst sparsam mit Energie umzugehen. Das funktioniert nicht durch Strafandrohung für unangemessen hohen Verbrauch, sondern am besten durch ein Anreizsystem, das den Sparsamen belohnt. An unseren Schulen ist bereits der Beweis angetreten, dass ein solches System funktioniert. Zu fragen ist, warum nicht wenigstens einmal in einem Pilotprojekt ausprobiert werden kann, ob sich die Kosten der Unterkunft auf diese Weise senken lassen. Wir dürfen an dieser Stelle nicht über Zuständigkeiten diskutieren, sondern sollten lieber handeln!

Herr Oberbürgermeister,  
meine Damen und Herren,

Ein weiterer Appell wird Ihnen bekannt vorkommen – weil ich ihn leider zum wiederholten Mal vortragen muss:

Wir müssen offen über das Thema „Beitrag zu den Kosten der Deutschen Einheit“ reden. Beginnend im Jahr 1991 hat Mönchengladbach inzwischen einen Beitrag in Höhe von mehr als 210 Millionen Euro geleistet. Weitere 11,4 Millionen Euro, die über Kredite finanziert werden müssen, sind im vorliegenden Haushalt vorgesehen. Vergleichen Sie diese Zahlen mit den Beträgen, die noch für Investitionen in unserer eigenen Stadt zur Verfügung stehen!

Damit ich nicht missverstanden werde, will ich gern wiederholen, dass ich hier keine Neid-Debatte anzetteln möchte, sondern lediglich auf Realitäten hinweise. Wir wollen in den neuen Bundesländern niemandem etwas wegnehmen, aber ein weiteres Geben ist aufgrund unserer hohen Schuldenlast unmöglich.

Mein letzter Blick, den ich auf die Ausgabenseite richte, trifft auf den Kostenblock „Hilfen zur Erziehung“. Leider hält die negative Entwicklung in diesem Bereich an. Die CDU-Fraktion geht davon aus, dass die Verwaltung unmittelbar nach Beschluss des vorliegenden Haushalts Verbindung mit der Hochschule Niederrhein aufnehmen und das angestrebte fünfjährige Forschungsprojekt auf den Weg bringen wird. Wir brauchen dringend wissenschaftlich gestützte Aussagen zu den Ursachen der Entwicklung in den vergangenen Jahren und zu Lösungsansätzen. Dann sind wir als CDU-Fraktion auch gern bereit, nennenswerte Summen für präventive Maßnahmen einzusetzen. In der Sache, präventive Maßnahmen zu ergreifen, um Kosten der Hilfen zur Erziehung zu verringern, sind wir uns mit unserem Partner FDP und mit der SPD-Fraktion völlig einig. Aber einen nicht mit konkreten Maßnahmen hinterlegten Haushaltsansatz, wie ihn die SPD-Fraktion jetzt will, halten wir für falsch.

Herr Oberbürgermeister,  
meine Damen und Herren,

gestatten Sie an dieser Stelle aus aktuellem Anlass ein Wort zur Kommunalaufsicht. Die CDU-Fraktion respektiert sicherlich deren Aufgabe, die Haushaltspolitik der Kommunen kritisch zu begleiten. Wir haben jedoch den Eindruck, dass der Blick auf die Realität ein wenig verstellt ist. Wir treffen doch unsere Entscheidungen nicht, um die Bezirksregierung zu ärgern, sondern um handlungsfähig zu bleiben. Lassen Sie mich dazu zwei Beispiele nennen:

Im weiteren Verlauf dieser Ratssitzung werden wir uns noch mit der Wiederbesetzung der Stelle des Technischen Beigeordneten befassen, die erforderlich wird, weil Helmut Hormes Ende April nächsten Jahres nach 16 Jahren, die er erfolgreich für unsere Stadt gearbeitet hat, in den verdienten Ruhestand gehen wird. Für eine zwölfmonatige Wiederbesetzungssperre für diese Stelle, wie sie die Kommunalaufsicht will, fehlt der CDU-Fraktion jegliches Verständnis. Das behindert Stadtentwicklung. Wir haben die Zahl der Beigeordnetenstellen ohnehin schon auf fünf reduziert und auch das Personal insgesamt schon auf das unbedingte Muss zurückge-

fahren. Der Dienstleister Verwaltung hat gegenüber dem Bürger dieser Stadt die Verpflichtung, seine Leistungen umfänglich und korrekt zu erbringen. Diese Verpflichtung ist nicht zu erfüllen, wenn das dazu notwendige Personal nicht zur Verfügung steht.

Ebenso wenig Verständnis hat die CDU-Fraktion für die bereits mehrfach erhobene Forderung der Bezirksregierung, die Einnahmesituation zum Beispiel durch weitere Erhöhung von Gewerbe- und Grundsteuern zu verbessern. Solche Maßnahmen sind nur bis zu einer bestimmten Grenze sinnvoll und dann kontraproduktiv. Wenn Düsseldorf aktuell seinen Gewerbesteuererhebesatz auf 440 Punkte absenkt und Mönchengladbach 450 Punkte festgesetzt hat, und dann auch noch der Verkauf von städtischen Grundstücken unter Bodenrichtwert untersagt ist, dann muss mir jemand erklären, was ein Unternehmen noch dazu bewegen soll, sich für den Standort Mönchengladbach zu entscheiden. Die CDU-Fraktion legt deshalb großen Wert darauf, dass an den derzeit geltenden Steuersätzen nicht gerüttelt wird. Ansonsten drohen uns im Wettbewerb um Firmenansiedlungen und Einwohner erhebliche Nachteile.

Bei allen Problemen, denen wir uns zu stellen haben, sollten wir jedoch nicht vergessen, die positiven Ansätze des vorliegenden Haushaltes zu sehen. Schwerpunkte, die wir als CDU-Fraktion begrüßen, sind wieder Investitionen in die Bildung und in die beiden Innenstädte.

Für unsere jüngsten Mitbürger werden zwei neue Kindergärten in Mönchengladbach-Mitte und Rheydt-Mitte gebaut. Dadurch kann auch das Angebot an Betreuungsplätzen für unter Dreijährige erweitert werden. Für das Schulzentrum Neuwerk sind umfangreiche Neu- und Umbaumaßnahmen finanziert, so dass zukünftig sowohl der Katholischen Hauptschule als auch der Gesamtschule an diesem Standort genug Platz zur Verfügung stehen wird. Ausreichender Schulraum in einer guten Qualität ist für die CDU nach wie vor Voraussetzung dafür, dass Kinder und Jugendliche erfolgreich lernen und Lehrkräfte ihr Wissen vermitteln können.

Die Entwicklung hin zur Ganztagschule in allen Schulformen mag man unterschiedlich bewerten. Fakt ist, dass der Bedarf aus unterschiedlichsten Gründen besteht. Dieser Tatsache verschließt sich die CDU-Fraktion nicht. Wir begrüßen, dass die Ganztagsangebote weiter ausgebaut werden und die erforderlichen Mittel dafür bereit stehen. Wichtig ist nur, dass alle Schulformen gleichermaßen von zusätzlichen Angeboten profitieren.

Herr Oberbürgermeister,  
meine Damen und Herren,

die Entwicklung der beiden Innenstädte hat für die CDU-Fraktion einen hohen Stellenwert. Dabei geht es nicht darum, Haushaltsansätze gegeneinander aufzurechnen, sondern an jedem der beiden Standorte das jeweils richtige zu tun.

In Rheydt zeigt uns das vorliegende Innenstadtkonzept, das von CDU und FDP auf den Weg gebracht worden war, die Richtung auf. Erste Mittel für die Umsetzung von dort formulierten Verbesserungsvorschlägen wie zum Beispiel für das Wettbewerbsverfahren Marktplatz und für Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsführung sind im Haushalt veranschlagt. Ich bin überzeugt, dass wir die positive Entwicklung in Rheydt, die sich in der Neugestaltung der Stresemannstraße, Neugestaltung des Busbahnhofs vor dem Rheydter Hauptbahnhof, Neubau eines Fahrradparkhauses am Rheydter Hauptbahnhof, Neubau von Parkhäusern, Bebauung des früheren Wienands-Geländes sowie Neubau eines Bürogebäudes für die ARGE Mönchengladbach und eines SB-Warenhauses auf dem früheren Letzerich-Gelände ausdrückt, fortsetzen können.

In diesem Zusammenhang stört uns das Verhalten des Bezirksvorstehers von Rheydt-Mitte. Wider besseren Wissens versuchte er noch vor einer Woche im Hauptausschuss den Eindruck zu erwecken, der Stadtteil Rheydt würde vernachlässigt. Herr Sasserath, hören Sie auf, Rheydt und die Rheydter ständig schlecht zu reden! Wir lassen uns von Ihnen nicht unterstellen, in dieser Stadt eine einseitig orientierte Politik zu machen.

Dass dies nicht so ist, zeigt unser Ansatz, den Verwaltungsstandort Rheydt zu stärken. Wir sind überzeugt, dass der Ansatz zu kurz greift, in der vorhandenen Substanz des Rathauses Rheydt mit viel Geld den Bürgerservice auszubauen. Deshalb wollen wir aus dem dafür vorhandenen Haushaltsansatz Planungsmittel für einen Teil-Neubau des Rathauses einsetzen. Wir halten das für äußerst sinnvoll, weil dann in den folgenden Schritten eine Neuorganisation, zeitgemäße Arbeitsplätze für die Verwaltung und ein moderner Bürgerservice geschaffen werden können. Wir sind auch überzeugt, dass diese Maßnahme eine Initialzündung für privatwirtschaftliche Aktivitäten sein wird.

In der Mönchengladbacher Innenstadt wird die CDU-Fraktion den eingeschlagenen Weg fortsetzen, an zentraler Stelle mit einem Handels- und Dienstleistungszentrum die Attraktivität zu erhöhen. Mittel für Infrastrukturmaßnahmen sind in der Finanzplanung vorgesehen. In wenigen Tagen wird feststehen, welche Investoren in der ersten Stufe des Wettbewerbsverfahrens Interesse bekundet haben. Im Frühjahr wird der Rat entscheiden, wer an der zweiten Stufe teilnehmen soll. Voraussichtlich wird es dann der neue Rat sein, der entscheiden wird, welche Planung umgesetzt werden soll.

Richten wir den Blick auf einige wenige Projekte, die der CDU-Fraktion ein Anliegen sind und die uns teilweise in der heutigen Ratssitzung bereits beschäftigt haben oder noch beschäftigen werden:

Zum Thema „Nachtragshaushalt der Vereinigten Städtischen Bühnen für die Spielzeit 2008/2009“ erlaube ich mir, meinen Krefelder Kollegen Wilfrid Fabel zu zitieren, der am Dienstag vergangener Woche in unserer Nachbarstadt dazu Stellung genommen hat. Zitat: „Die CDU-Fraktion war und ist nicht kulturfeindlich. Wir erlauben uns nur kritisch nachzufragen, ob jeder für die Kultur bereitgestellte Euro auch sinnvoll und zweckgebunden verwandt wird oder nicht bei der Ausgabe dieser Gelder manchmal ein Handeln an den Tag gelegt wird, welches mit einer vernünftigen Bewirtschaftung nicht in Einklang zu bringen ist.“ Zitat Ende.

Bevor wir eine Aussage zum Theater-Haushalt 2009/2010 machen, wird das Organisationsgutachten, das uns zu Beginn des neuen Jahres vorgelegt werden soll, zu diskutieren sein. Wir gehen davon aus, dass Einsparmöglichkeiten aufgezeigt werden, die es uns erlauben, die Theaterreihe mit Krefeld aufrecht zu erhalten und unserer Bürgerschaft weiterhin ein qualitativ hochwertiges Theaterprogramm zu bieten.

Für das Theater wurde auch eine Lösung gefunden, während der umfangreichen Sanierung seiner Spielstätte in Rheydt eine Ersatzspielstätte in einer Halle im Nordpark zur Verfügung zu stellen.

Kurzum: Die CDU-Fraktion steht zu unserem Theater. Sie sagt jedoch auch klar und deutlich: Bitte überfordern Sie uns nicht!

Auch beim Thema „Bäder“ sollte uns niemand überfordern. Nach langen und strittigen Diskussionen hat sich der Rat für die Sanierung des Stadtbades Rheydt, im Sprachgebrauch auch Pahlke-Bad genannt, entschieden. Völlig unabhängig davon ist klar, dass die drei kleinen Hallenbäder in Odenkirchen, Morr und Hardt nur so lange in Betrieb bleiben können, wie keine größeren Reparaturmaßnahmen anstehen. Spätestens dann, wenn das Pahlke-Bad und anschließend das Hallenbad Rheindahlen saniert sind, werden wir uns aus Kostengründen von diesen drei kleinen Bädern trennen müssen. Umso mehr erstaunt es, wenn jetzt einige Kollegen aus anderen Fraktionen versuchen, sich als Retter der kleinen Bäder zu profilieren. Wenn Sie für Ihre Haltung, meine Damen und Herren von Bündnis 90/Die Grünen, FWG und LiLO, eine Mehrheit finden, dann haben Sie auch zu verantworten, dass es nicht zu einer Sanierung des Stadtbades Rheydt kommen wird.

Sie vermissen noch ein Thema? Keine Sorge, hier ist es: „Giesenkirchen 2015“

Die CDU-Fraktion ist nach wie vor überzeugt, dass wir mit diesem Projekt den richtigen Weg eingeschlagen haben. Es bietet die Chance, für Giesenkirchen auf dem ehemaligen Freibadgelände eine neue, moderne Sportanlage zu schaffen und diese dadurch zu finanzieren, dass sanierungsbedürftige Sportflächen aufgegeben und als Bauland wirtschaftlich verwertet werden. Wir nehmen zur Kenntnis, dass es zu diesem Projekt auch andere Sichtweisen gibt, die ich im Einzelnen an dieser Stelle nicht kommentieren will. Nur zur Kritik, dass es keinen Bedarf an Wohnbauflächen gäbe, ein kurzer Hinweis. Korschenbroich weist in unmittelbarer Nachbarschaft 200 neue Baugrundstücke aus und handelt durchaus richtig. Denn wer kein Angebot hat, wenn es Nachfrage gibt, macht selten ein Geschäft. Das gilt für die Brötchen beim Bäcker genauso wie beim Bauland. Selbstverständlich respektieren wir, dass die Kritiker von Giesenkirchen 2015 versuchen, das Projekt mit einem Bürgerbegehren zu stoppen. Wir werden sehen, ob die erforderliche Zahl von Unterschriften erreicht wird. Wenn es so sein sollte, sieht die Gemeindeordnung vor, dass dieser Rat sich wieder mit dem Thema zu befassen hätte. Warten wir ab.

Herr Oberbürgermeister,  
meine Damen und Herren,

an dieser Stelle ließe sich jetzt noch trefflich philosophieren über die Aussagen der im Volksmund „Wirtschaftsweise“ genannten Experten zur zukünftigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die sicher auch Einfluss auf die wirtschaftliche Lage der Stadt Mönchengladbach haben wird. Ebenso gut könnten wir aber auch einen Blick in die Glaskugel werfen. Halten wir uns lieber an Fakten.

Selbst auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole: Die Kommunen wurden durch Bund und Land über Gebühr belastet, und offensichtlich sollen sie weiterhin belastet werden. Das führt zu einem Problem auf der Ausgabenseite der kommunalen Haushalte, das unzumutbar ist. Die Forderung nach einer Gemeindefinanzreform bleibt also auf der Tagesordnung. Dies ist nicht nur unsere Meinung, sondern auch die Meinung der kommunalen Spitzenverbände.

In den letzten Wochen wurden „Schutzschirme“ über Banken und Automobilherstellern, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind, aufgespannt. Das Verschulden der Bundesregierung und der Bürgerschaft an der Schiefelage dieser Unternehmen kann niemand erkennen. Die Ursachen für die Schiefelage der Kommunen sind klar erkennbar. Durch Beschlüsse von Bund und Land werden die engen kommunalen Haushalte deutlich überfrachtet. Daraus leiten



wir den Anspruch der Kommunen ab, nun endlich den Schutzschirm auch über sie aufzuspannen.

Unsere Bundeskanzlerin, Frau Angela Merkel, hat gestern darauf verwiesen, dass Deutschland bei einem weiteren Konjunkturpaket vor allem auf Infrastrukturmaßnahmen - Straßenbau, Breitbandkommunikation und die Sanierung von Schulgebäuden - setzen werde. Für uns wäre es hervorragend, wenn sich dies in der Finanzausstattung der Kommunen niederschlagen würde.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich mich im Namen der Mitglieder der CDU-Fraktion bei allen Verwaltungsmitarbeitern und den Mitgliedern der Fachausschüsse für die ausführlichen Vorberatungen und die geleistete Arbeit bedanken. Unser besonderer Dank gilt den Mitarbeitern der Kämmerei für die Zusammenstellung des Datenwerks auf einer völlig neuen Basis, die sie auch unter Berücksichtigung unserer Änderungswünsche geleistet haben. Frau Narres, Herr Kuckels, Herr Acker - bitte übermitteln Sie dieses Dankeschön an Ihre Kolleginnen und Kollegen.

**Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan 2009 und dem Haushaltssicherungskonzept der Stadt Mönchengladbach zu.**

Wir sind überzeugt, dass dieser Beschluss richtig und verantwortbar ist. Wir wollen und können mit diesem Haushalt die Rahmenbedingungen für Mönchengladbach verbessern. Nur gute Rahmenbedingungen veranlassen private Investoren, ihr Geld in unserer Stadt anzulegen, und sie sind der Grund dafür, dass sich die Menschen entscheiden, in unserer Stadt zu leben.

Populismus und Opportunismus in dem Sinne, dass wir unsere Grundsätze um des kurzfristigen Erfolgs willen aufgeben, sind nicht unsere Sache. Wir wollen bei den Bürgerinnen und Bürgern keine falschen Erwartungen wecken. Unser Handeln ist verantwortungsvoll und trägt dazu bei, dass sich unsere Stadt positiv entwickelt.

Für uns ist und bleibt Mönchengladbach eine lebens- und liebenswerte Stadt, für die es sich auch in schwierigen Zeiten zu arbeiten lohnt.

Ich danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben.